

Danziger



Beitrag.

№ 16961.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaffee- und Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Die Situation in Berlin.

Die gestern von unserem Berliner Correspondenten ausgesprochene Befürchtung, daß die Wiederkehr des Blasenleidens dem Kaiser weniger gefährlich werden dürfte, als die in Folge desselben eingetretene Appetitlosigkeit und Schwäche, ist leider schneller, als angenommen wurde, bestätigt worden. Unser Correspondent schreibt uns in Ergänzung unserer heutigen Morgenblätter:

Die ersten beunruhigenden Nachrichten wurden im Reichstage durch conservative Abgeordnete verbreitet. Was am meisten Befürchtung verursachte, war die Mitteilung, daß Prinz Wilhelm und der Reichskanzler schon seit 11 Uhr im Palais anwesend seien. Auch Graf Moltke verließ den Reichstag, um sich nach dem Palais zu begeben. Der Kriegsminister kam aus dem Palais in die Sitzung und kehrte nach der Beratung des Nachtragsetats dorthin zurück. Man erfuhr, daß der Kaiser seit 1 Uhr Nachts in tiefen Schlaf gesunken und daß es den Ärzten noch immer nicht gelungen sei, den hohen Patienten aufzuwecken, um ihm Kräftigungsmittel zu reichen. Erst gegen 4 Uhr Nachmittags brachte Staatsminister v. Bötticher die Nachricht, daß der Kaiser gegen 2 1/2 Uhr etwas Nahrung zu sich genommen habe. Inzwischen wurde davon gewarnt, diesem Zwischenfall eine günstige Bedeutung beizulegen. Man wollte auch wissen, die Ärzte hätten sich dahin ausgesprochen, die Aussichten seien selbst dann sehr trübe, wenn der Kaiser die gegenwärtige Krise noch einmal überwinde, da der Verfall der Kräfte zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gebe.

Unter diesen Umständen fand die eigentliche Sitzung des Reichstages nicht im Sitzungssaal, sondern im Foyer, wo sich immer neue Gruppen bildeten, die ihrer Besorgnis über die eingetretene Wendung Ausdruck gaben und über die eventuellen Folgen derselben sich in theilweise sehr pessimistischer Weise äußerten. Das Zusammenreffen der Krankheit des Kaisers mit der schweren und, wie man trotz aller gegentheiligen Versicherungen annimmt, hoffnungslosen Krankheit des Kronprinzen ist ein geradezu tragisches. Vor allem wurde die Frage, welche Folgen für die auswärtige Lage eine etwaige Katastrophe haben würde, eifrig discutirt; Erörterungen, die hoffentlich fürs erste keine praktische Bedeutung erlangen werden.

Daß der Schluss der Reichstagsession unter den obwaltenden Umständen verzögert werden würde, wurde als zweifellos angesehen. Die Berufung des Bundesraths für heute Abend steht ohne Zweifel mit der augenblicklichen Lage in enger Verbindung, da eine Verständigung über die nächsten Eventualitäten unter allen Umständen angezeigt sein dürfte.

Wir wiederholen im Folgenden eine wieder besserer Hoffnung Raum gebende Depesche, die von einer späteren Stunde herrührt als die obigen Zeilen unseres Correspondenten und uns in vergangener Nacht 12 1/2 Uhr zugeht, aber nur in einem Theil der Auflage Aufnahme finden konnte, da der Druck bereits begonnen hatte:

Berlin, 8. März. Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind in dem Befinden des Kaisers keine Veränderungen eingetreten, die Besorgnisse zu erregen geeignet wären. Die von ihm eingenommene Nahrung übte eine belebende Wirkung aus und brachte eine Wendung zum Besseren hervor. Der Kaiser sah den Prinzen Wilhelm, kurz ehe derselbe das Palais verließ, eine Viertelstunde bei sich im Zimmer. Um 5 Uhr erschien die Prinzessin Wilhelm bei der Kaiserin.

Heute Nachmittag gingen uns ferner folgende, einem Theile unserer Leser schon durch ein Extrablatt mitgetheilte Telegramme zu:

Berlin, 8. März. (W. L.) Ein Bulletin, unterzeichnet v. Lauer, meldet: Der Kaiser hatte eine unruhige Nacht, das Befinden ist sehr schwach. Das Reichsgesetzblatt und die Gesammmlung bringen einen kaiserlichen Erlaß vom 17. Novbr. 1887 betreffend die Beauftragung des Prinzen Wilhelm mit der Stellvertretung des Kaisers und Königs in den laufenden Regierungsgeschäften.

Berlin, 8. März. (W. L.) Das Reichsgesetzblatt und die Gesammmlung publiciren folgenden allerhöchsten Erlaß: In Betracht der Wechselfälle meiner Gesundheit, welche mich vorübergehend zur Einnahme von Geschäften nöthigen und in Betracht der Krankheit und verlängerten Abwesenheit meines Sohnes, des Kronprinzen, beauftrage ich Euer kgl. Hoheit in allen Fällen, wo ich einer Vertretung in den laufenden Regierungsgeschäften und namentlich in der Unterzeichnung von Ordres zu bedürfen glauben werde, mit dieser Vertretung, ohne daß es für die einzelnen Fälle einer jedesmaligen besonderen Ordre bedarf.

Berlin, 17. November 1887. Wilhelm. Bismarck. An des Prinzen Wilhelm königliche Hoheit.

Zum Befinden des Kronprinzen

liegen heute folgende Telegramme vor:

San Remo, 7. März, 11 Uhr 40 Min. Nachts. (W. L.) Der Kronprinz verbrachte wieder einen guten Tag und war längere Zeit im Garten, später auf dem Balkon. Der Appetit ist gut. Professor Bergmann ist Abends nach Berlin abgereist.

San Remo, 8. März. (W. L.) Die Abreise des Kronprinzen nach Deutschland wird als

nahe bevorstehend bezeichnet; der Tag der Abreise ist jedoch noch nicht bestimmt. Prinz Heinrich dürfte bereits heute abreisen.

Berlin, 8. März. (Privat-Telegramm.) Nachrichten des „B. Tageblatts“ aus San Remo zufolge beabsichtigen der Kronprinz und die Kronprinzessin in einigen Tagen nach Wiesbaden überzusiedeln. Die Gründe liegen nicht in dem Gesundheitszustand des Kronprinzen. Die Ärzte gestatten die Ueberfiedelung.

Dem „B. Tagebl.“ wird aus San Remo telegraphirt:

Die Meldung des „New York Herald“ (Pariser Ausgabe vom Montag Morgen), wonach Prof. Waldeyer das Leiden des Kronprinzen für Krebs bösartiger Natur erklärt habe, ist unwahr. Am Sonntag hatte Waldeyer seine Untersuchung noch garnicht beendet. Obwohl ich Waldeyers Bericht nicht gelesen habe, glaube ich doch auf ärztliche Andeutungen hin bestimmt meine Meinung aufrecht erhalten zu können, daß Waldeyer auch nicht mit apodictischer Gewissheit Carcinom bösartiger Natur entdeckt hat.

Ich kann ferner eine angebliche Aeußerung Mackenzies dementiren, nach welcher dieser gesagt haben soll, er selbst halte jetzt das Leiden des Kronprinzen für Krebs bösartiger Natur.

Aus San Remo wird der „Bresl. Ztg.“ noch vom 7. März gemeldet: „Ich sah den hohen Patienten in einer Entfernung von wenigen Schritten und fand das Aussehen des Kronprinzen, wenngleich er etwas gealtert ist, überraschend gut.“

Politische Uebersicht.

Danzig, 8. März.

Die zweite Lesung der Weichselvorlage in der Commission.

In der gestern stattgefundenen zweiten Lesung des Weichselregulirungs-Projects wurden, wie uns berichtet wird, die §§ 1, 3 und 4 unverändert nach der ersten Lesung angenommen. Zu § 2 war ein Änderungsantrag von Döring u. Gen. eingebracht, der lautete:

Mit der Ausführung der im § 1 bezeichneten Anlagen ist vorzugehen, sobald durch einen auf Grund des Gesetzes über das Deichverbot vom 28. Januar 1848 gebildeten Deichverband die Aufbringung eines Kostenbeitrages von 7230000 Mk. und die Uebernahme der künftigen Unterhaltung der zu den Anlagen § 1 lit. a. c. d. gehörigen Deiche sichergestellt ist.

Diese Fassung des § 2 wurde einstimmig angenommen, nachdem ein Antrag des Abgeordneten Drazw abgelehnt war, der dahin ging, die Interessenten nur mit 1/3 der veranschlagten Kosten im Höchstbetrage von 7000 000 Mk. heranzuziehen.

Neue Gesichtspunkte kamen in der weiteren Verhandlung nicht vor, und es entwickelte sich nur noch bei § 3a eine Debatte über die Frage, ob das zu gewählende Darlehen mit 1/2 Proc. oder mit 1 Proc. zu amortisiren sein solle. In der Abstimmung wurde gegen drei Stimmen der Amortisationsfuß von 1 Proc. laut erster Lesung angenommen. Schließlich wurde das ganze Gesetz einstimmig angenommen. Zum Berichterstatter über die Verhandlungen der Commission wurde der Abg. Döring gewählt.

Die Freunde und Gegner des Identitätsnachweises.

Bei der vorgestrigen Abstimmung über den Antrag Bennigsen, über den Antrag Ampach und Gen. betreffend die Aufhebung des Identitätsnachweises zur Tagesordnung überzugehen, stimmten bekanntlich 178 Mitglieder für, 101 Mitglieder gegen die motivirte Tagesordnung. Für den Antrag stimmten die Conservativen, National-liberalen und die große Mehrheit der Freisinnigen. Einen Schluss auf die Stellung der Mitglieder zum Antrag Ampach selbst kann man allerdings aus dieser Abstimmung nicht ziehen. Auch in den national-liberalen, ebenso wie in den conservativen Parteien giebt es eine nicht unerhebliche Anzahl von Mitgliedern, welche zur Zeit auf eine Aufhebung des Identitätsnachweises deshalb nicht eingehen wollen, weil sie der Ansicht sind, dieselbe sei schädlich für die Landwirthschaft.

Aus dem Bericht der Reichsschulden-Commission.

Die Reichsschulden-Commission hat ihren diesmaligen Bericht an den Bundesrath und Reichstag erstattet. Nach demselben betrug der Bestand des Reichs-Invalidenfonds am Schlusse des Rechnungsjahres 1886/87 500 852 000 Mk., Ende Januar 1888 498 259 000 Mk. Der Bestand des Festungsbaufonds belief sich zu denselben Terminen auf 21 112 000 Mk. resp. 11 268 000 Mk., der Bestand des Reichstagsgebäudefonds auf 19 749 000 Mk. resp. 18 796 000 Mk. Der Zinsen-ertrag dieser drei Fonds befreite sich Ende Januar dieses Jahres bei dem Reichsinvalidenfond 4,10 Proc. und bei dem Reichsfestungsbaufond wie bei dem Reichstagsgebäudefond auf je 4 Proc. In den Beständen des im Juliusthurm der Citadelle von Spandau aufbewahrten Reichs-Kriegsschatzes ist keine Veränderung eingetreten. Die im § 14 der bezeichneten Verordnung vorgeschriebene jährliche Revision und Inventur des Schatzes hat am 21. October v. J. unter Betheiligung eines Mitgliedes der Reichsschulden-Commission stattgefunden und ist dadurch das Vorhandensein der Bestände des Reichskriegsschatzes von 120 000 000 Mk. in Reichsgoldmünzen nachgewiesen worden. Die Aufbewahrung der Bestände in Bezug auf Sicherheit hat dabei zu keinem Bedenken Anlaß gegeben.

An Reichsbanknoten waren bis zum 1. März 1888 von der Reichsbank an die Reichsbank abgeliefert worden insgesamt eine Summe von 5 982 800 000 Mk.; davon sind im Laufe der

Jahre als nicht mehr umlaufsfähig vernichtet worden zusammen 3 980 170 000 Mk., so daß noch 2 002 630 000 Mk. übrig bleiben. Davon wurden in der letzten vor der Revision am 1. März d. J. dem Reichskanzler eingereichten detaillirten Wochenübersicht vom 23. Februar d. J. nachgewiesen: an Banknotenbeständen in den Kassen der Hauptbank und ihrer Zweiganstalten und als im Umlauf befindlich 1 853 396 000 Mk.; ferner befanden sich nach dem Affervatenbuche bei der Reichsbank-Hauptkasse unter Mitverschuß eines Mitgliedes des Reichsbank-Directoriums an affervirten, als untauglich für den Umlauf einbehaltenen und zur Vernichtung bestimmten Noten 30 734 000 Mk. und an noch dem Verkehr zu übergebenden neuen Noten 118 500 000 Mk. Zusammen wurden demnach am 1. März d. J. nachgewiesen 2 002 630 000 Mk.

Zur Ausführung des Branntweinsteuergesetzes.

Unter Berücksichtigung einer Eingabe des Verbandes deutscher Privat-Feuerversicherungsgesellschaften hat der preussische Finanzminister an sämtliche Provinzialsteuerdirectoren eine Verfügung erlassen, wonach die letzteren veranlaßt werden, die Abfertigungsbeamten ihres Verwaltungsbezirktes schleunigst anzuweisen, weder in den Brennerreihen noch in den Branntweinlagerräumen mit offenem Lichte zu verkehren und mit letzterem auch niemals den gefüllten Branntweinfässen nahe zu kommen. Gleichzeitig hat der Finanzminister gestattet, daß für die Verfertigung von noch nicht in den freien Verkehr gesetztem Branntwein, sofern dieselbe ohne Raumverschluß oder Beamtenebegleitung stattfindet, von der Verfertigung der Gebinde Abstand genommen werden kann, und desweiteren vorläufig genehmigt, daß, was die Bewilligung einer Schwundvergütung bei den ohne amtlichen Verschluß abgelassenen Branntwein-Transporten betrifft, in allen diesen Fällen einschließend der unter Nr. 3 des Bundesraths-Beschlusses vom 15. December v. J., insoweit durch natürliche Einflüsse eine Verminderung des Branntweins auf dem Transport erfolgt ist, eine Fehlmenge bis zu höchstens einem halben Procent der bei dem Abfertigungs-Amt ermittelten Alkoholmenge außer Steueranspruch gelassen werden darf.

Ueber die Frage, ob und in welcher Weise definitiv eine Schwundvergütung bei diesen Transporten zu bewilligen sein wird, sollen von den Provinzial-Steuerdirectoren Erfahrungen gesammelt werden, und sind die letzteren aufgefordert, unter Abgabe geeigneter Vorschläge über dieselben bis spätestens zum 1. August d. J. Bericht zu erstatten.

Conservative Begeisterung für das Branntwein-Monopol.

Unter den Erörterungen, welche die ultra-conservative Presse an die Niederlage des conservativen Candidaten im Wahlkreise Greifenberg-Commin knüpft, ist eine Behauptung nicht ohne Interesse, welche dahin geht, die Mißstimmung der Bevölkerung über die Vertheuerung des Branntweins würde nicht eingetreten sein, wenn die conservative Partei stark genug gewesen wäre, die Einführung des Monopols durchzusetzen. Abgesehen davon, daß das Monopol eine Vertheuerung des Branntweins wahrhaftig nicht verhindert haben würde, muß es auffallen, daß conservative Blätter sich jetzt, nachdem die Branntweinconsumsteuer eingeführt ist, nachträglich für das Monopol begeistern, während der allergrößte Theil der conservativen Partei sich zu der Zeit, wo die Regierung die Einführung des Monopols beantragt hatte, wohl hütete, für diesen Vorschlag einzutreten. Die Regierungen vorläge ist, wie bekannt, seiner Zeit gegen wenige Stimmen abgelehnt worden. Wenn die Conservativen jetzt das Monopol wieder auf die Tagesordnung setzen sollten, so würden sie dazu nicht sowohl durch die Alogen der Branntweinconsumenten über die Vertheuerung des Branntweins veranlaßt sein, als durch die Enttäuschung, welche manchen Branntweinbrennern das Inkrafttreten des Consumsteuergesetzes verursacht hat. Die Branntweinpreise sind durch die neue Steuer nach der Ansicht vieler nicht hoch genug gestiegen, um ihnen die Vorthelle zu sichern, auf welche sie gerechnet hatten. Daß die conservativen Herren unter Umständen bereit wären, diese Vorthelle für sich auf Kosten des Handelsstandes durch Einführung des Monopols zu erkaufen, ist für die Denkart dieser Politiker charakteristisch.

Der Papst und die Tripelallianz.

Einer Wiener telegraphischen Nachricht von gestern zufolge schreibt das hochofficiöse „Wiener Fremdenblatt“: In französischen Zeitungen wird seit einiger Zeit in tendenziöser Absicht die auch in hiesigen Blättern aufgetauchte Nachricht verbreitet, daß sowohl Oesterreich-Ungarn als Deutschland geheime Abmachungen mit Italien bezüglich der Stellung des Papstes in Rom getroffen hätten. Es liegen zwar schon mehrfache autoritative Aeußerungen über die zwischen Italien, Oesterreich-Ungarn und Deutschland bestehenden Vereinbarungen vor, welche als Ziel der letzteren ausschließlich die Erhaltung des Friedens und die Abwehr eines auswärtigen Angriffes bezeichnet haben, und es muß daher die Annahme, daß die Beziehungen Italiens zum Vatican in den fraglichen Vereinbarungen irgendwie berührt worden wären, als unbegründet erscheinen. Trotzdem halten wir doch für nothwendig, auf Grund authentischer Informationen jene offenbar mit einer bestimmten Absicht ausgebreiteten Gerüchte ausdrücklich als völlig aus der Luft gegriffen zu bezeichnen.

Die italienische Sympathiehundgebung für den Kronprinzen.

Wie aus Rom telegraphirt wird, theilte gestern der Ministerpräsident Crispi in der Deputirtenkammer mit, daß das Datum der Kammer, in welchem dem Wunsche nach Genesung des deutschen Kronprinzen Ausdruck gegeben wird, ein Echo tiefer Sympathie in ganz Deutschland gefunden habe. Dieser Sympathie gaben zwei Telegramme des Reichskanzlers Fürsten Bismarck an ihn, Crispi, Ausdruck. Der Ministerpräsident verlas hierauf diese Telegramme, welche von der Kammer mit lebhaftem Beifall entgegengenommen wurden.

Fürst Ferdinand und die „Erklärung“ der Pforte.

Die Pforte hat nunmehr auch ihren Botschaftern officielle Mittheilung davon gemacht, daß sie eine Erklärung an die bulgarische Regierung gerichtet habe, worin die Anwesenheit des Prinzen Ferdinand an der Spitze der Regierung des Basallenstaates für illegal erklärt werde.

Von einer Wirkung dieser „Erklärung“ ist bis jetzt noch nichts zu verspüren. Die meisten englischen Blätter sind allerdings der Ansicht, daß die Illegitimitätsklärung den Fürsten Ferdinand zum baldigen Verlassen Bulgariens veranlassen werde, daß sich indeß nach der Abreise desselben die bulgarische Frage noch dringlicher gestalten dürfte.

Das Wesentlichste ist, was die Bulgaren selbst sagen werden, und nach den jetzt vorhandenen Symptomen dürfte es ihnen garnicht einfallen, ihren Fürsten fortzuschicken.

Nach der weitaus überwiegenden Mehrheit der in Bulgarien herrschenden Stimmung kann, schreibt man der „Pol. Corr.“, behauptet werden, daß das bulgarische Volk eine derartige Lösung der Krise entschieden zurückweisen würde. Es erscheint überhaupt richtiger, zu sagen, daß die Bulgaren die Krise ihres Landes durch die Wahl des Prinzen Ferdinand zum Fürsten als gelöst erachten. Man betont hier, daß Bulgarien lange genug und bis zur Erschöpfung der Geduld darauf geharrt habe, daß die Mächte zu einem Einverständnis über die Regelung der bulgarischen Frage gelangen. Nachdem einmal die Bulgaren diese Lösung selbst in Angriff genommen und der Krise durch die Wahl des Prinzen Ferdinand ein Ende gesetzt haben, erklären sie sich auch entschlossen, den Fürsten bis zum Aeußersten zu halten. Man weist hier darauf hin, daß die dem russischen Cabinet zugeschriebenen Vorschläge im Grunde sich mit jenen Propositionen decken, welche seitens der St. Petersburger Regierung bereits zu wiederholten Malen und immer ohne Erfolg gemacht worden seien.

Die Aufmerksamkeit der bulgarischen Regierung ist in erster Linie und beständig auf eines gerichtet: die Uebervachung und strenge Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe im Lande. Sie führt auch diese Aufgabe mit Erfolg durch, die Ordnung erleidet nirgends Störungen und die Vorhersagungen mancher Blätter, daß es im Verlaufe des Februar zum Ausbruche einer umfassenden Aufwühlbewegung in Bulgarien kommen werde, hat nicht einmal in geringstem Maße eine Bestätigung erfahren. Die bulgarische Regierung hat übrigens ausreichende Maßregeln zur Uebervachung der Grenze getroffen, um Einbrüche zur Revolutionirung des Landes sofort wirksam zurückweisen zu können.

Die neue serbische Skupshtina.

Einer der „Pol. Corr.“ aus Belgrad zugehenden Meldung zufolge stellt sich als definitives Resultat der Skupshtinawahlen heraus, daß unter den gewählten Deputirten 133 Radicale, 15 Liberale und 7 keiner Partei zugehörige Angehörige sich befinden. Eine Wahl ist annullirt worden.

Wie des weiteren ebendorther gemeldet wird, beabsichtigt die Regierung, in den nächsten Tagen mehrere neue Mitglieder des Verfassungs-Revisions-Ausschusses zu ernennen. Der von dem engeren Comité ausgearbeitete und in Druck gelegte Entwurf wird sodann in Verhandlung gezogen und mit thunlichster Beschleunigung der Erledigung zugeführt werden. Es besteht die Absicht, die große Skupshtina noch im Laufe des nächsten Sommers einuberufen, um die seit Jahren auf der Tagesordnung stehende Verfassungsfrage einer Lösung zuzuführen.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 7. März.

Die zweite Beratung des Cultussetzels wird fortgesetzt. Beim Titel „Universität Göttingen“ beschneidet sich Abg. Windthorst über die bekannte Rede des Prof. Rietzsch beim Universitäts-Jubiläum, eine Rede, welche durch ihre polemisch-parteiliche Färbung in weiten Kreisen der Katholiken berechtigtes Befremden erregt habe. Man könne nur bedauern, daß solche Männer in der evangelischen Theologie eine führende Stelle bekleiden.

Beim Tit. „Universität Marburg“ berührt Abg. v. Meyer - Arnswalde (conf.) neuerdings die Frage der Collegienelbe und Honorare der Professoren; er betont wiederum den Widerspruch, der darin liege, daß man um die Einnahmen der Professoren aus Collegienhonoraren sich nicht kümmern, während man sonst mit peinlichster Genauigkeit die Nebenbezüge der Staatsbeamten feststelle. Redner beruft sich auf eine Brochure des Prof. Haffner, der bezüglich der Honorare ganz auf seinem Standpunkte stehe und vorschlägt, daß die Honorare zur Staatskasse vereinigt werden sollen, aus der die Privatdocenten und außerordentlichen Professoren ihre Gehälter beziehen sollten, welche theilweise zurückgehalten. Einige besonders stark gefuchte Berliner Professoren schäme diese Brochure auf ein jährliches Einkommen an Honoraren von 60 000 Mk.

Abg. Gneccerus (nl.) widerspricht der Ansicht, daß im allgemeinen die Professoren so überaus glänzend flüirt seien. Viele juristische Professoren würden sich beim Uebergang in den Annuitatstand weit besser stellen. Der

Wegfall der Collegienelder würde einen mächtigen Sporn, möglichst Tüchtiges zu leisten, beseitigen.

Abg. Windthorst erkennt an, daß die Professoren ein Recht haben, auch für sich in ihren Leistungen entsprechende Einkommen zu beanspruchen. Wenn einige Professoren ungewöhnlich große Einnahmen aus den Honoraren ziehen, so dürfte man daraus keinen Rückschluß auf die Allgemeinheit machen. Einer ersten Untersuchung bedürfte allerdings die Promotionsfrage. Es müßte verhindert werden, daß der Doctorgrad käuflich erworben werden könne, und es müßte eine festere Unterlage dafür geschaffen werden, daß der, welcher promoviert, auch wirklich etwas leiste. Ebenso müßte dem Unfleiß der Studenten in irgend einer Weise gesteuert werden.

Abg. Windthorst (nat.-lib.) tritt den Ausführungen des Abg. Windthorst gegen die Forderung des Professors Rietzsch entgegen. Völlig unverständlich sei ihm, wie man verlangen könne, daß so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommen solle; denn um das zu verhindern, müßte doch jede Rede eines Professors vorher einer Oberbehörde zur Kritik übergeben werden, und eine solche Bevormundung der Wissenschaft werde sich keine Unversität gefallen lassen.

Abg. Windthorst: Ich würde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Ausführungen jener Rede sich in einer wissenschaftlichen Schrift befunden hätten, denn die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei; aber als Rector einer Universität solche Angriffe gegen eine Reihe von Zuhörern zu richten, die nicht antworten können, das ist fatal.

Abg. Friedberg (n.-l.): Wie kann Hr. Windthorst behaupten, daß die Promotionen käuflich sind, er möge doch die Unversität nennen, bei welcher der Doctorat käuflich ist; ich halte es auch für unzulässig, daß man in solcher Weise über die akademische Jugend herfällt, als wäre es eine Bande von Müßiggängern.

Abg. Windthorst hält es für seine Pflicht, die Missethäter anzuführen, die er persönlich wahrgenommen habe und die ihm von den Eltern der Studierenden mitgeteilt worden sind. Bezüglich der Frage der Kauflichkeit ist hier schon mehrfach auf eine bestimmte Unversität hingewiesen worden, bei der große Mißstände geherrscht haben, speciell mit Rücksicht auf die Verwendung von Referendararbeiten zu Doctorbesserungen. Daß ein erhöhter Fleiß der studierenden Jugend nöthig ist, beweisen am besten die große Menge von Repetitionen und Einpauken.

Minister v. Götter: Ich bin f. 3. gegen die Verleihung des Doctorstitels lediglich auf Grund geschriebener Dissertationen in Göttingen eingeschritten; diesem Uebelsand ist abgeholfen. Von da bis zur Kauflichkeit ist ein weiter Schritt; und auch ich halte es für unmöglich, daß lediglich mit Geld auf einer preussischen Unversität der Doctorat erworben werden kann. Bezüglich der Hebung des Studienfleißes haben wir die Anwendung einiger Hilfsmittel in Angriff genommen, selbstverständlich ohne Polizeivorfälle, ohne Uebertragung der Schuldisciplin auf die Unversitäten, auf Grund einer veranstalteten Enquete, die u. A. ergeben hat, daß es im allgemeinen, auch bei den Juristen, mit dem Collegienbesuch nicht schlecht steht. Das Verbindungsweien übt keinen schädlichen Einfluß in dieser Beziehung; der offizielle Frühjochopp ist der Art abgeändert worden, daß die Abwesenheit von demselben, wenn sie durch Collegienbesuch herbeigeführt ist, nicht mehr mit 50 Pf. bestraft wird, sondern in diesem Falle als entschuldigend gilt. (Heiterkeit.) Das sind kleine Fortschritte, die ihre Früchte tragen werden. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Daß auf irgend einer preussischen Unversität der Doctorat mit bloßem Gelde zu kaufen wäre, habe ich nicht behauptet.

Bei dem Exceum in Braunschweig regt Abg. Arebs (Centr.) eine Erhöhung des Magistralgehalts der dortigen Professoren und die Errichtung einer neuen Professur für Naturwissenschaften an.

Minister v. Götter: Ich sage die Erwägung der geäußerten Wünsche u. Bei nur 22 Studierenden sei es nicht leicht, sich mit dem Gedanken einer neuen Professur zu befremden.

Zit. 17. a. „für Studierende deutscher Herkunft zum Zwecke späterer Verwendung derselben in Westpreußen und Posen, sowie für Studierende aus dem Regierungsbezirk Oppeln 100 000 Mk.“ wird gegen die Stimmen des Centrums und der Polen angenommen, nachdem auf eine Anfrage der Cultusminister erklärt hat, daß seitens der betreffenden Oberpräsidenten 25 000 Mk. für Westpreußen, 35 000 Mk. für Posen, 10 000 Mk. für Oppeln verwendet worden sind und 20 000 Mk. sich bei der Centralverwaltung befinden.

Bei dem Kap. 120 „Höhere Lehranstalten“ bittet Abg. Arebs (frei), um die endliche Regelung der Titelfrage für die Leiter und Lehrer höherer Lehranstalten. Allen Leitern der Realgymnasien, Progymnasien und Realprogymnasien sollte der Titel Director, den das Oberlehrerexamen bezeugenden habenden Lehrern bei ihrer Anstellung der Titel Oberlehrer, ferner etwa einem Drittel der an Anciennität am weitesten Vorgehenden der Titel Schulrath (Heiterkeit) und bei ihrer Pensionierung etwa der Titel „Geheimer Schulrath“ (große Heiterkeit) gegeben werden. — Abg. Dürre (n.-l.): Der Titel „Lehrer“ schließt doch so viel in sich, daß sich die Herren dabei beruhigen könnten. Sollten die Herren aber selbst auf Titel wie Schulrath, Bildungsrath, Aufklärungsrath (Heiterkeit) Werth legen, so gebe man sie ihnen. Specieell möchte ich die Lage der Lehrer an Anstalten andersherren Patronats zur Sprache bringen, die alle Pflichten der Lehrer an staatlichen, aber nicht zugleich deren Rechte haben, besonders nicht in Bezug auf die Sorge für die Wittwen und Waisen.

Ministerialrath Greiff erwiedert, daß diese Frage sich nicht ohne weiteres entscheiden lasse, weil die Mittel der bürgerlichen Anstalten nicht ausreichen, und darum der Staat zu Leistungen herangezogen werden müßte.

Abg. Peters (Centr.) wünscht eine Befreiung der Lehrer von der Bezahlung des Schulgeldes an höheren Lehranstalten für ihre Söhne und ferner, mit der fortgesetzten Erhöhung des Schulgeldes an höheren Lehranstalten Einhalt zu thun.

Geh. Rath Böhm entgegnet, daß schon jetzt den Lehrern gegenüber in Bezug auf Feststellung der Bedürftigkeit sehr milde verfahren werde. Eine Erhöhung des Schulgeldes trete nur da ein, wo es notwendig sei.

Abg. Langerhans (frei.) tritt für eine Gleichberechtigung der Realgymnasialabituirten mit den Abituirten der humanistischen Gymnasien ein, um den Fortbestand der Realgymnasien zu sichern. Die Ausschließung von gewissen Studienfächern sei doch nur eine ungerechte Bevormundung der Eltern. Der Lehrplan der Gymnasien zeige auch sonst manches Merkwürdige; er erinnere nur daran, daß der Doid in Terzia gelesen werde, den manche Lehrer selbst nicht verständen. Ohne die Gleichberechtigung der Realgymnasien werde man mit der so lange geplanten Schulreform nicht vorwärts kommen.

Minister v. Götter: Eine bestimmte Gruppe unserer Schulreformatoren stellt die Forderung der Gleichberechtigung zum Unversitätsstudium auf, nicht die ganze Bevölkerung. So einfach, wie der Vorredner darstellt, liegt die Frage nicht. Die Unterrichtsverwaltung kann die Frage nach den praktischen Folgen dieser freien Concurrenz für das Staatsleben nicht außer Acht lassen. Die Erfahrung giebt hier einigen Anhalt. Die Berechtigung der Anstalten fällt auch nach meiner Meinung nicht zusammen mit den Berechtigungen zum Unversitätsstudium. Dieser Grundjah ist 1870 in Folge Mangels an neuprädigten Lehrern insofern verlassen worden, als den Realgymnasialabituirten die philosophische Facultät geöffnet wurde. 1871 gab es 15 solcher Abituirten auf den Unversitäten, 1879 stieg der Zubrag auf 333; seitdem ist ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Entsprechend hat sich der Procentfah der Betreffenden bei den Vollprüfungen gehoben, weit über das Bedürfnis hinaus. Wir haben jetzt 1834 unangestellte, aber ihr Probejahr absolviert habende Schulamtskandidaten (Hört. Hört.). 393 Philologen, 941 Mathematiker und Neuprädiger; ganz ohne Einkommen sind davon 769, und auch unter diesen ist die Lage der Neuprädiger und Mathematiker die ungünstigere und bedauerlichere. Aus dieser praktischen Erfahrung hat Prof. Conrad in Halle

den Schluß gezogen, daß eine Erweiterung der Berechtigungen nicht zu befürworten sei. Auch die Zahl der Juristen ist seit etwa 10 Jahren stationär geblieben; tausende von Referendarien und Assessoren stehen unversorgt da. Die Zahl der Mediziner hat sich verdreifacht. Innerhalb der Großstädte namentlich hat eine Ueberfüllung von Medizineren stattgefunden; die Zahl der nach anderm Erwerbe strebenden befähigten Mediziner wächst entsprechend. Also überall beängstigende Ueberproduktion. Der Staat kann die große Gefahr der ungemessenen Vermehrung der akademisch Gebildeten ohne Verjorgung nicht verkennen, welche für Staat und Kirche daraus erwächst. Die Unzufriedenheit macht die Betroffenen zu Feinden der bestehenden Verhältnisse. Diese meine Ueberzeugung giebt mir den Muth, dem Andrängen in entgegengekehrter Richtung Widerstand zu leisten; soviel Hoffnungen im einzelnen ich auch dadurch verkümmern muß, es geschieht im wohlverstandenen Staatsinteresse. (Beifall rechts.)

Abg. Langerhans kann dieselben Gründe durchschlagende Geltung nicht beilegen; gerade deshalb befürworte er ja eine Reform des Gymnasiallehrplans, weil ein Philologe, der auch etwas von Naturwissenschaften gelernt habe, viel eher zu einer Lebensstellung gelangen werde, als der ausschließlich philologisch Gebildete.

Das Kapitel wird bewilligt, in besonderer Aufstimmung auf Antrag des Abg. Schorlemer-Ast auch die Fonds von je 50 000 Mark zu Stipendien und Unterstüßungen für Schüler deutscher Herkunft auf höheren Lehranstalten in Westpreußen, Posen und Oppeln, und bejugs besonderer Förderung des deutschen Mädchen-schulwesens in denselben Landestheilen.

Bei Kap. 121 „Elementarunterrichtswesen“ beklagt Abg. Schröder-Neufeldt (Pole), daß in den Elementar-schulen der Unterricht in der polnischen Sprache immer mehr in Wegfall komme. Durch das Verfahren werde man nur pädagogische Mißerfolge erzielen und das Verständnis der Kinder für den Religionsunterricht vermindern.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag.

Deutschland.

8. März. Zu den Schicksalschlägen, die den Kaiser in letzter Zeit betroffen, tritt noch der weitere Anmer, daß die einzige Tochter unseres Kaiserpaars, die Großherzogin von Baden, welche schon bei der letzten Anwesenheit am hiesigen Hofe an den Augen litt, über ernstliche Verschlimmerung dieses Leidens klagt soll.

[Verlobung Herbert Bismarcks.] Die „Nat.-Ztg.“ enthält folgende Notiz, die angeblich vielfach verbreiteten Gerüchten entspricht: „Graf Herbert Bismarck soll, wie uns aus bestunterrichteter Quelle mitgeteilt wird, doch in einer sehr privaten Angelegenheit die Reise nach Dublin, von welcher er gegen Ende der Woche zurück erwartet wird, unternehmen haben. Es wird uns versichert, daß höchstwahrscheinlich demnächst die Verlobung des Grafen mit einer im Hause des Lords Londonderry zu Dublin lebenden jungen Dame, einer Verwandten des eben genannten Lords, erfolgen dürfte und daß diesem Zwecke die vielfach commentirte Reise des Grafen Herbert Bismarck nach Dublin in der Hauptsache gegolten hätte.“

[Haftpflicht der Bahn- und Steuerbeamten in Fabriken.] Nach Erlaß des Unfallversicherungsgesetzes waren die Inhaber unserer größeren Fabriken, welche Anschlußgleise an die Staatsbahnen besitzen, auf denen Staatsbahnbeamte beschäftigt werden, oder solcher Establishments, in denen Steuerbeamte stationirt sind, im Zweifel darüber, in welcher Weise die Haftpflicht für diese Staatsbeamten im Falle eines denselben zustoßenden Unfalles geregelt und von wem dieselbe zu tragen sei. Während nun der Minister der öffentlichen Arbeiten die Eisenbahndirectionen angewiesen hat, die Haftpflicht der Eisenbahnbeamten auch auf den Anschlußgleisen staatsseitig zu übernehmen, tritt gegenüber den Steuerbeamten eine Haftung der Fabrik in allen den Fällen ein, wenn, wie es im Haftpflichtgesetz bestimmt ist, dem Betriebsleiter durch richterliches Erkenntniß eine Schuld an dem Unfälle zugemessen wird.

Stettin, 7. März. Die zuständigen Ministerien haben den von den Vorstehern der hiesigen Kaufmannschaft eingekommen Anträge zur Anschaffung und zum Betrieb von drei Eisbrechern die Genehmigung erteilt.

Frankreich.

Paris, 7. März. Die Deputirtenkammer nahm den Entwurf, betreffend die Errichtung von General-Armee-Inspectionen an.

Paris, 7. März. Die von Wilson eingelegte Berufung wird am 19. März zur Verhandlung kommen. (W. Z.)

England.

London, 7. März. Bei Lord Salisbury fand gestern Nachmittag ein Diner statt, an welchem Graf Herbert Bismarck, die Botschafter Graf Schellheim, Graf Arrol, sowie der General-Secretär für Irland, Balfour, und der Staats-Secretär des Innern Matthews theilnahmen. Sir Drummond Wolff ist gestern Abend zur Uebernahme seines Postens als Gesandter in Persien nach Teheran abgereist. (W. Z.)

London, 7. März. [Unterhaus.] Bei Fortsetzung der Beratung über die Geschäftsordnung wurden Anträge auf Errichtung eines ständigen Ausschusses für Vorlagen, welche Wales betreffen, sowie auf Errichtung eines ständigen Ausschusses für auswärtige und coloniale Angelegenheiten und für Ratification von Verträgen mit auswärtigen Mächten abgelehnt. Das Haus erledigte weiterhin sämtliche Anträge der Regierung betreffend die Reform der Geschäftsordnung. Der erste Lord des Schachess, Smith, theilte mit, der Kanzler der Schachammer, Goschen, werde am Freitag einen Antrag, betreffend die Staatsschuld stellen. (W. Z.)

Spanien.

Madrid, 7. März. Der Kriegsminister sagte gelegentlich der Discussion über militärische Reformen, Spanien müßte einzig und allein darauf bedacht sein, im Falle eines europäischen Conflictes stricte Neutralität aufrecht zu erhalten.

Rußland.

Gewastopol. Der „Armyski Wjesnik“ theilt mit, daß der Gouverneur von Taurien, Kammerherr Wjwolodshki dem Ministerium des Innern ein Project unterbreitet hat, wonach in den nördlichen Kreisen des Taurischen Gouvernements russische Colonien auf den dem Domänenministerium unterstellten Staatsländereien eingerichtet werden sollen, und zwar unter denselben Bedingungen, welche für die Mennoniten-Colonien gelten, d. h. daß für jeden Hof ca. 60—100 Dessjätinen angewiesen werden unter der Vergünstigung langfristiger Pacht.

Samara, 1. März. Die im Jahre 1881 von hier nach Turkestan ausgewanderten deutschen Mennoniten kehren jetzt, völlig verarmt, nach ihrem früheren Aufenthaltsort zurück. Wie der „Sarat. Denownik“ mittheilt, wird ihnen aus der Kasse der Samara'schen Mennoniten Unterstützung zu Theil.

Von der Marine.

V Kiel, 7. März. Für die deutsche Kriegsflotte ist, durch die stärker gewordene Verwendung von Schiffen für den auswärtigen Dienst, die Herstellung von drei neuen Kreuzern als nothwendig erachtet worden. Einer derselben („Schwalbe“) hat bereits am 16. August v. J. auf der Kaiser-Werft zu Wilhelmshaven den Stapel verlassen und geht seiner Vollendung und Ausrüstung entgegen. Das zweite dieser Schiffe, der Kreuzer B., wird, wie wir hören, im nächsten Monat den Stapel verlassen. Der Typus dieser Schiffe vereinigt die beiden Eigenschaften: hinlängliche Geräumigkeit für Mannschaft, Proviant und Kohlen-vorrath für eine längere Seefahrt und große Beweglichkeit und Manövrierfähigkeit. Der Kreuzer B., welcher in seiner Bauart den Aufstoß giebt, hat ein Displacement von 1300 Tonnen, ist mithin fast ebenso groß wie die Aviso „Blitz“, „Pfeil“ etc. mit einem Raumgehalt von 1382 Tonnen, während unsere großen Kreuzer bisher nur 700 bis 850 Tonnen Displacement haben. Kreuzer B. hat einen mittleren Tiefgang von 4 Metern. Der Körper ist ganz aus Stahl mit einer Holzbeplankung. Die Maschine ist eine zweifelhändige Compoundmaschine von 1500 indicirten Pferdekraften, die dem Schiffe eine Fahrgeschwindigkeit von 13 bis 14 Knoten geben sollen. Der Dampf wird in 4 Cylinderröhrenkesseln erzeugt, die mit 7 Atmosphären Hochdruck arbeiten. Das Kohlen-fassungsvermögen ist mit 3000 Tonnen auf 4000 Seemeilen bei einer mittleren Geschwindigkeit von 10 Knoten bemessen. Zur Erhöhung seiner Manövrierfähigkeit wird der Kreuzer mit einem Dampf-Steuer versehen. Von acht leichten Kreuzgeschützen, womit das Schiff armirt wird, werden vier in den seitlichen, in der Höhe des Oberdecks liegenden Ausbauten, den sogenannten Schwalbenestern, placirt werden, wodurch bei Pfortenwechsel ein Feuer vor- und rückwärts in der Kiellinie ermöglicht wird. Die übrigen vier Geschütze haben ihre Stützpoden in der Schanzbelegung. Außerdem erhält der Kreuzer B. vier Hotchkiss-Revolverb-Ranonen. — Mit dem Bau des dritten dieser Schiffe, des Kreuzers C. (der bekanntlich in Danzig bestellt ist) wird zum Frühjahr begonnen werden. Nach dem Bau der beiden ersten Schiffe gesammelten Erfahrungen hält es die Admiralität als rathlich, die Dimensionen des Kreuzers C. zu vergrößern.

Am 9. März: Danzig, 8. März. M. A. 522. G. A. 6.33. U. 5.49. M. A. 522. M. U. b. Tage.

Wetterausichten für Freitag, 9. März.

Etwas wärmeres Wetter; meist trübe und wolmig mit Niederschlägen, stichweise heiter, frische bis starke und stürmische, böige Winde aus Süd und Südwest bis Nordwest.

[Die Verkehrsstörungen.] sind noch immer an der Tagesordnung. Der gestrige Tag hat wieder bedeutende Schneeverwehungen gebracht, welche namentlich auf den Strecken Königsberg-Dirschau und Götting-Stolz-Danzig sehr bedeutende Zugverspätungen, auf verschiedenen Nebensrecken aber auch wieder völlige Sperrung zur Folge hatten. So werden heute als versperrt gemeldet die Nebenbahnen: Praust-Carlshaus, Hohenstein-Berent, Gölbenboden-Allenstein, Neustettin-Stolz, Jablonowo-Strasburg, Rulm-Kornatowo, Strasburg-Goldau, Allenstein-Ench, Braunsberg-Mehlsack, Robbelbude-Mehlsack, Robbelbude-Allenstein und Thorn-Kornatowo-Rulm. Letztere Strecke scheint aber inzwischen wieder frei geworden zu sein. Auch die hinterpommerische Bahn war gestern wiederum durch Schneeverwehungen längere Zeit gesperrt. Der vorgestern Abend 6 Uhr 40 Minuten von hier abgegangene Zug blieb zwischen Lauenburg und Pottangom im Schnee stecken. Es konnte in Folge dessen der um 9 1/2 Uhr Vormittags hier fällige Personenzug von Stolz nicht abgefahren werden, so daß dieser Zug ausfiel. Auch der 3 1/4 Uhr Nachmittags hier einlaufende Personenzug aus Stettin blieb aus, jedoch wurde derselbe mit dem Schnellzuge vereint und beide Züge liefen Abends ca. 11 Uhr hier ein.

[Von der Weichsel.] Die Eisbrechdampfer, welche gestern bereits bei Siedlersfähre die wiederholt zugefrorene Stromstrecke aufgebrochen hatten, mußten leider des eingetretenen Schneewehens halber wieder ihre Arbeit unterbrechen. Die reparirte „Jerse“, welche sich mit größten Schwierigkeiten bis nach Neufahrwasser durchgearbeitet hatte, wobei sie hinter Legan durch Menschenkräfte, welche die sich ihr entgegenstellenden Schneemassen beseitigten, unterstützt wurde, kann des widrigen Windes wegen über See nicht nach der Mündung gelangen. Der Eisbrecher „Weichsel“ ist auch leicht beschädigt und muß repariren. — Heutiger Wasserstand bei Plehnendorf 3.50 resp. 3.44 Meter.

[Zuckerinteressenten - Versammlung.] Der ostpreussische Zweigverein des Verbandes der deutschen Rübenzucker-Interessenten wird am 17. März d. J. in Bromberg eine Versammlung abhalten.

[Provinzial - Ausschuß.] Der Provinzial-Ausschuß der Provinz Westpreußen tritt am Dienstag, den 13. d. Mts., im Landeshause wieder zusammen, um noch einige Vorlagen für den Provinzial-Landtag bezw. über einzelne Verwaltungs-Angelegenheiten zu beraten.

[Marienburg - Mlawkaer Bahn.] Die Einnahmen im Februar haben, nach provisorischer Ermittlung, betragen: im Personen-Verkehr 9400 Mk., im Güter-Verkehr 110 000 Mk., an Extraordinarien 15 500 Mk., zusammen 134 900 Mk., 15 400 Mk. weniger als im Februar v. J. Davon entfallen 5200 Mk. auf den Personen-, 10 700 Mk. auf den Güter-Verkehr, während das Extraordinarium 500 Mk. Mehr-Einnahme brachte.

[Vermehrung der Polizei.] Wie wir schon bei Einbringung des Etats pro 1888/89 im Abgeordnetenhaus bemerkten, sollen für die hiesige Polizei-Verwaltung vom 1. April d. J. ab die vorhandenen Schutzmannschaften wieder um acht neue vermehrt werden. Die von der hiesigen Stadtgemeinde zu zahlenden Kosten für die Beschaffung von Schutzmanns-Uniformen werden sich deshalb um 640 Mark, also auf 7680 Mark erhöhen.

[Zeichenunterricht in der Volksschule.] Mit Beginn des neuen Schuljahres wird in allen preussischen Volksschulen mit 3 oder mehr aufsteigenden Klassen der Zeichenunterricht nach der Stuhlmannschen Methode erteilt werden. Nachdem im Mai 1887 vom Cultus-Ministerium und dem Ministerium für Handel und Gewerbe eine „Anweisung für die Ertheilung des Zeichenunterrichts in den Volksschulen mit 3 oder mehr aufsteigenden Klassen“ erlassen war, ist nun auch der

von Herrn Stuhlmann ausgearbeitete ausführliche Leitfaden erschienen. Nach der Anweisung beginnt das Zeichnen in wöchentlich 2 1/2 Stunden mit dem 2. Schuljahr und wird vom 3. Schuljahr ab in wöchentlich 2 Stunden fortgesetzt. Im 2.—3. Schuljahr soll das Zeichnen, im 4.—6. das freie Zeichnen ebener Geilde, im 7.—8. freies Zeichnen nach körperlichen Gegenständen geübt werden. Die Mädchen sollen in den beiden letzten Schuljahren das Zeichnen und Verändern von Mustern für weibliche Handarbeiten üben.

* [Westpreussischer Fischerei-Verein.] Der Vorstand dieses Vereins traf gestern Abend 6 Uhr im kleinen Saale des Landeshauses wieder zu einer Sitzung zusammen. Zunächst wurde Herr Forstmeister Coullon in den Vorstand cooptirt. Sodann wurde ein an die kgl. Regierung zu erstattendes Gutachten über die in der Provinz vorkommende Adjacenten- und Roppelfischerei, deren Nachteile für die Fischzucht und wie derselben am zweckmäßigsten entgegenzutreten ist, beraten. Ferner wurde definitiv beschloffen, daß der Verein sich an der in diesem Jahre stattfindenden landwirthschaftlichen Ausstellung mit einer Fischerei-Ausstellung betheiligt, und es wurden zur Veranstaltung derselben 1000 Mk. bewilligt; fernere 500 Mk. für Prämien sollen von dem Ressortminister als Subvention erbeten werden. Angesichts des großen Unglücks, welches in letzter Zeit bei Ausübung der Fischerei an unserem Seestrande passiert ist, wobei fünf Böte mit ihren Insassen dem entseßten Elemente zum Opfer fielen, will der Vorstand des Vereins in kürzester Zeit an die Fischer herantreten und sie veranlassen, eine Unterstüßungskasse für verunglückte Fischerfamilien zu gründen. Der Beitrag würde pro Woche zehn Pfennige betragen. Um aber sofort einen Fonds hierzu zu haben, wird der Vorstand an die Mitglieder des Fischer-Vereins die Bitte richten, daß jedes hierzu einen Beitrag beisteuere. Für unsere Provinz jollen 2 solcher Kassen gegründet und jüdiesem Zwecke in Neubude und Stuthofje eine Versammlung von Fischern einberufen werden. Um das momentane Unglück der Hinterbliebenen der vorstehend erwähnten 5 Fischerfamilien zu lindern, wurde eine Sammlung veranstaltet, welche 40 Mk. ergab. Für die beste Methode der Vertilgung von Ottern und Seehunden wurde eine Prämie von 50 Mk. ausgesetzt. Das Gehalt des Geschäftsführers, Herrn Dr. Seligo, wurde, vorbehaltlich der Genehmigung der General-Versammlung, vom 1. April cr. ab von 1200 Mk. auf 1500 Mk. pro Jahr und ebenso die Reisebüden pro Tag von 8 Mk. auf 9 Mk. erhöht. Ein gemeinsames Fischessen vereinigte nach Schluß der Sitzung die Mitglieder in Walters Hotel.

* [Schießübungen der Artillerie.] Die diesjährigen Schießübungen der 1. und 2. Feldartillerie-Brigade, zu denen die Regimenter Nr. 1 und Nr. 16, bezw. Nr. 2 und 17 gehören, finden in Hammerstein vom 4. Juli bis Ende August statt.

* [Städtisches.] Zu den im § 17 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 aufgeführten „Polizei-Beamten“, welche nicht Stadtorbedne sein können, gehören noch einem Endurtheil des Ober-Verwaltungsgerichts vom 17. Februar d. J. auch die „Bahnpolizei-Beamten“.

— [Der Danziger Lehrer-Verein.] hielt gestern seine Monatsstimmung im Kaiserhofe. Der Vorsitzende, Herr Both, eröffnete dieselbe gegen 6 Uhr. Herr Gohr-Schmidt hielt einen Vortrag über „Gesezhunde im öffentlichen Unterricht“. Da wir ein allgemeines Interesse an dieser schon längere Zeit in pädagogischen und juristischen Kreisen ventilirten Frage voraussetzen, so sei es uns gestattet, die Leitätze des Vortrages wiederzugeben: 1. Jeder Staatsbürger muß die Verfassung, die Geseze, das Verhältniß zu seinem Reiche, zur Regierung und den ihr unterstellten Organen kennen lernen; denn er hat auch als Reichsanghöriger seine Rechte und Pflichten. 2. Während die Unkenntniß der Geseze oft die Ursache leichtfertiger Verletzung des Rechts ist, die klare Erkenntniß und Würdigung des Staates in seinen Anordnungen und Handlungen nicht nur hindert, sondern oft Mißtrauen und Vorurtheil gegen das Gesez und seine Mächter entstehen läßt — so ist die Kenntniß der Geseze, der Wegweiser zur bewußten Pflichterfüllung des Einzelnen als Glied im Staats-, Kirchen-, Gemeinde- und Familienleben, mohlgeegnet, wahre Furcht und Liebe, volles Vertrauen zu Gott, König und Vaterland zu wirken und zu fördern. 3. Der Staat hat die Pflicht, für eine allgemeine Kenntniß der Rechtsordnung, wenigstens in ihren Fundamentalfächern, zu sorgen. 4. Die Veröffentlichung der Geseze in der bisherigen Weise ist unzureichend, weshalb der Unterricht in der Gesezhunde ein unerläßlicher Bestandtheil der Arbeit an der zukünftigen Generation sein muß. 5. In den Volksschulen ist die Kenntniß der Geseze (unter Berücksichtigung der Fassungskraft der Schüler, wozu auch die Vermehrung der wissenschaftlichen Form gehört) in Anlehnung an praktische Fälle des Lebens und im Anschluß an dazu sich eignende Unterrichtsfächer zu vermitteln. 6. In obligatorischen Fortbildungsschulen, Seminarien etc. wird der Unterricht in besonderen Stunden nach einem bestimmten Plane erteilt. 7. Zur Behandlung des Stoffes bildet ein geeignetes Lehrbuch die Grundlage, während die Schüler einen passenden Leitfaden (Staatskatechismus) zur Wiederholung bezw. Einprägung besitzen müssen.

* [Geseze des Prof. Becker.] Nachdem wir gestern Hrn. Beckers Leistungen als Prestidigitateur besprochen haben, wollen wir heute noch mit einigen Worten die-jenigen Productionen, die auf einer optischen Täuschung des Publikums beruhen, besprechen. Auf einer besonderen Bühne mit dunkeln Hintergründe ließ Hr. Becker eine Reihe der verschiedensten Gegenstände erscheinen. Die einzelnen Experimente gelangen vorzüglich und gewähren einen eigenartigen gefälligen Anblick. Dasselbe läßt sich auch von der als Medium gezeigten jungen Dame sagen, die in schwieriger Stellung fast schwebend mit den verschiedensten Gewändern drapiert wurde und eine Reihe anmuthiger Bilder darbot. Die Vorstellung war gut besucht und die Experimente des Hrn. Becker wurden von dem Publikum mit freundlichem Beifall aufgenommen.

§ [Strafkammer.] Am 10. Juli v. J., Abends nach 11 Uhr, traf der Schöffergeselle Robert Hoyer auf Langgarten zwei anständige junge Damen, welchen er seine Begleitung anbot. Als die Damen sich diese Freistigkeit verbat, rief H. den in der Mithkannengasse stationirten Wachtmann Weidert herbei und bat diesen, die Damen zu arretriren, weil dieselben ihn mit Anträgen belästigt hätten. Obgleich der Wachtmann anfänglich die Arretrierung verweigerte, so bestand H. entschieden darauf, und der Wachtmann ließ sich leider dadurch verleiten, die beiden Damen nach dem Polizeigewahrsam zu führen, von wo aus sie nach Feststellung ihrer Personalien nach etwa 15 Minuten wieder entlassen wurden. Der Gerichtshof hielt eine energische Abmahnung der nichtsmwürdigen That des Hoyer für geboten und verurtheilte denselben wegen Freiheits-beraubung zu 6 Monaten Gefängniß. — Der Handlungs-gehilfe Bernhard Romalski, welcher vom 1. Oktober v. J. bis zum 10. Februar d. J. bei Hrn. Kaufmann Herm. Rahn in Steegen engagirt war, bestahl denselben mehrfach, indem er fast täglich einige Mark aus der Ladenkasse entwendete, zusammen ca. 300 Mk., wovon 277 Mk. bei Romalski vorgefunden wurden. Der Gerichtshof nahm im ganzen 100 einzelne Diebstahlsfälle an und verurtheilte den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängniß.

§ [Schwurgericht.] Zunächst wurde heute wider den Arbeiter August Reddmann aus Langjahr wegen

Meteorologische Beobachtungen.				
März.	Stde.	Barom.- Stand zu 30.	Thermom. Celsius	Wind und Wetter.
8	8 12	752.4 757.2	-- 4.1 -- 0.5	NN, mäß., bed. l. Schneef. Gleich, still, Schneefall.

Verantwortliche Redactoren: für den holländischen Theil und verschie-
dne Theile des Reichs: Dr. W. Verduyn, — das Königl. und Kaiserl. Ge-
n. Archiv, die lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und
den übrigen redactionellen Theil: A. Klein, — für den Kaiserlichen Theil
A. M. Katschmann, sämtlich in Dusseldorf.

Der Vorstand.

Beilage zu Nr. 16961 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 8. März 1888.

Reichstag.

55. Sitzung vom 7. März.

Der Abg. Rohlf ist in das Haus eingetreten.

Erste Berathung des G.-E. über die Auslegung des Artikels II. des Gesetzes vom 30. August 1871, betr. die Einführung des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich in Elsaß-Lothringen.

Nach der Vorlage sollen gewisse strengere Bestimmungen der französischen Gesetze von 1822 und 1848 (über Bestrafung von aufrührerischen Rufen und Tragen und Aushängen von unerlaubten Abzeichen) in Kraft bleiben.

Unterstaatssecretär in Elsaß-Lothr. v. Puttkamer: Daß jene Bestimmungen des französischen Rechts noch in Kraft seien, hätten alle Gerichte anerkannt; nur das Reichsgericht sei anderer Meinung. Damit nun in Folge dessen keine Rechtsunsicherheit eintrete, sei die vorgeschlagene Declaration notwendig.

Abg. Träger (frei.): beantragte Verweisung der Vorlage an eine Commission. Lehne das Haus diesen Antrag ab, so würden seine Freunde gegen die Vorlage stimmen müssen. Die Regierung stütze die Nothwendigkeit der Vorlage auf ein Erkenntnis des Reichsgerichts, welches jenen älteren französischen Bestimmungen die Rechtskraft abgesprochen habe. Aber das Reichsgericht habe bereits genau den Weg gezeigt, auf welchem jene Vergehen bestraft werden können, nämlich mit dem Paragraphen des groben Unfugs. In Sachen seien auch schon Bestrafungen, speziell in Folge Tragens unerlaubter Zeichen, „wegen groben Unfugs“ erfolgt. Es sei also ganz und gar unnöthig, jene französischen strafrechtlichen Bestimmungen aufrecht zu erhalten, da ja für Bestrafung jener Vergehen, welche ja auch seine Partei nicht ungeahndet lassen wolle, das deutsche Strafrecht vollkommen ausreiche. Allerdings seien ja die deutschen Strafen für jene Fälle groben Unfugs milder, als die in Rede stehenden französischen. Aber ob zu solcher Sirenge Anlaß vorliege, sei doch fraglich. Er und seine Freunde wollten jedenfalls, daß deutsche Giltigkeit auch dem Gebiete des Strafrechts sich bei unseren Mitbürgern in Elsaß-Lothringen einbürgere.

Abg. Piefer (nat.-lib.): Verweisen wir den G.-E. an eine Commission, so kommt überhaupt kein Gesetz zu Stande, was im höchsten Grade zu bedauern wäre. Sollen wirklich aufrührerische Dinge bestraft werden, so können die Strafen in Elsaß-Lothringen nicht hoch genug sein. In politisch aufgeregten Zeiten brauchen wir polizeiliche Präventionsregeln und nicht bloße Uebertretungsstrafen.

Abg. Hartmann (conf.) empfiehlt ebenfalls, von commissarischer Berathung abzusehen und die Vorlage anzunehmen, die sich durch die Verhältnisse in den Reichsländern rechtfertigen.

Der Antrag auf commissarische Berathung wird abgelehnt, die zweite Lesung folgt also im Plenum nach.

Die Vorlage betr. den Reingewinn aus kriegsgeschädigten Werken des großen Generalstabes sowie die Ausführung der Literar-Convention in Bern von 1886 werden ohne Debatte in erster und zweiter Lesung erledigt.

Es folgt der Nachtragetat (strategische Bahnen). Auf Antrag v. Bennigsen und unter Zustimmung Schraders

wird die Vorlage an die Budget-Commission zur schleunigen Berathung verwiesen.

Dritte Berathung des Gesehentwurfes betr. die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen.

Abg. Gieger (Soc.): Diese Vorlage gehört zu der langen Reihe derjenigen, welche eine Verkümmern der Volksrechte bezwecken. Es ist erstaunlich, daß eine Partei, die sich liberal nennt, für diese Vorlage eintritt. Die Gründe für dieselbe, die hier vorgebracht, lauten ganz anders als die vertraulichen Mittheilungen in der Commission. Es ist klar, daß es sich keineswegs nur um Landes- und Hochverratsprozesse handelt. Die Tendenz der Vorlage richtet sich im Wesentlichen gegen die Socialdemokraten. Man fürchtet, daß das Gewicht der Aussagen der Nichtgentlemen sich verliere und dieselben zu sehr in die Öffentlichkeit bringen, und darum will man die öffentliche Controle ausschließen. Die öffentliche Controle bewahrt manchen dieser Zeugen vor unmaßnah, leichtsinnigen und meineidigen Aussagen. Würden die Herren Schröder und Haupt, Naporra u. wohl vor einem Meineid juridisch stehen, wenn sie die Garantie hätten, ihre Aussagen kämen nicht in die Öffentlichkeit, und auf der anderen Seite die Aussicht hätten, sonst ihr Brod zu verlieren? Durch die Monstrosität des Schweigebefehls wird der Angeklagte außer Stande gesetzt, sich zu verteidigen, die Familie des Angeklagten, etwas über die Verhandlung zu erfahren. Die Herren Nationalliberalen werden halb genug aus der praktischen Handhabung des Gesetzes erfahren, daß sie auch hier wieder an der Spitze der Reaction marschiren.

Abg. Kulemann (nl.): Seine Partei werde auch ferner das Palladium der Verfassung hochhalten und die Volksrechte nicht preisgeben. Formell seien vielleicht mancherlei Aenderungen angezeigt, er selber habe schon in der Commission dahingehende Vorschläge gemacht, von denen auch einige angenommen seien. Und wenn man zu den Richtern das Vertrauen habe, daß sie von dieser Freiheit gewissenhaft je nach den einzelnen Fällen Gebrauch machen, werde man einen Mißstand in Folge dieses Gesetzes nicht fürchten, sondern dem Gesehentwurf zustimmen.

Abg. v. Strombeck (Ctr.) rügt im einzelnen die Bestimmung, daß derjenige, der die Geheimhaltungspflicht durch unbefugte Mittheilung verleihe, bestraft werden solle. Es sei ganz unmöglich zu bestimmen, wo das Unbefugte anfangs, das Befugte aufhöre. Die Auslegung dieses Begriffs müsse möglichst weitgehend sein und nur im Falle der mala fides Bestrafung zulassen.

Abg. Träger (frei.): Wir hegen kein Mißtrauen gegen den Richter, sind im Gegentheil stets bestrebt, ihn gegen das Mißtrauen, dem er seitens des Publikums so leicht ausgesetzt ist, zu schützen. Durch dies Gesetz aber wird der Richter dazu gedrängt, mit aller Schärfe in der Anwendung der ihm gegebenen Befugnisse vorzugehen, damit er sich gegen alle etwaigen Vorwürfe schütze. Das wird das Vertrauen des Publikums nicht verstärken. Auf die Dehnbarkeit der in dem Entwurf vorkommenden Ausdrücke ist bereits hingewiesen. Ferner empfiehlt nochmals seine in zweiter Lesung eingebrachten, aber abgelehnten Anträge unter Bezugnahme auf die analogen Bestimmungen in Oesterreich.

Nachdem Abg. Hahn (conf.) mit einigen Ausführungen nochmals für die Vorlage eingetreten, wird die Generaldiscussion geschlossen. Ohne Specialdiscussion wird der Gesehentwurf angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des von den Abgg. Lieber und Hise eingebrachten G.-E. betr. die Sonntagsfrage.

Abg. Niehammer (n.-l.): Ich halte die Sonntagsfeier für das notwendige Correlat der socialen Gesegebung. Es ist ja richtig, daß dieser G.-E. auf unsere Erwerbsverhältnisse nicht ohne Einfluß sein wird. Deshalb haben wir ja aber dem Bundesrath ziemlich weitgehende discretionäre Befugnisse eingeräumt.

Abg. Stöcker (conf.) wünscht, daß der einstimmigen Annahme in der Commission die einstimmige Annahme im Hause folge. Die Befürchtung, daß eine materielle Schädigung in Folge der verschärften Sonntagsruhe eintreten werde, ist unbegründet; es wird vielmehr eine Erhöhung der Löhne in Folge der verkürzten Arbeitszeit eintreten. Die Arbeiter wünschen nichts sehnlicher als die Verschärfung der Sonntagsruhe, auch wenn dadurch ein materieller Gewinn nicht erzielt wird. Es ist auch keineswegs zu befürchten, daß der Arbeiter den Sonntag zu Vergnügungen benutze und dadurch am Montag um so arbeitsunlustiger werden würde. Der „blaue Montag“ erklärt sich daher, daß die Arbeiter aus Aerger über die ausgebeutete Arbeit am Sonntag sich ausschweifenden Vergnügungen hingeben. Besonders für das Schlächtergewerbe ist die Einführung der Sonntagsruhe notwendig, damit es nicht bei der Unsitte bleibt, daß die jüdischen Schlächter, um ihren Sabbath feiern zu können, christliche Gesellen den ganzen Sonntag arbeiten lassen. Die Einstimmigkeit des Reichstages würde einen großen Einfluß auf die Besserung der Zustände ausüben. (Bravo! rechts).

Abg. Bebel (Soc.): Einstimmig wird dieser Beschluß doch nicht angenommen werden; denn meine Parteigenossen werden gegen den G.-E. stimmen. Ausschlaggebend ist dabei, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes oder eines Theils desselben dem Bundesrath überlassen ist. Zweifelloos nimmt der Bundesrath bis zu diesem Augenblick gegen den Gesehentwurf eine wesentliche antipathische Stellung ein. Ich bin weit entfernt, einen puritanischen Sonntag, wie in England und Amerika, zu wünschen und alle Vergnügungen am Sonntag zu untersagen. Ich gebe auch zu, daß Ausnahmebefugnisse dem Bundesrath in Bezug auf die Arbeit am Sonntag eingeräumt werden müssen. Aber wenn schon der Abg. Niehammer dem Bundesrath den Rath giebt, das Gesetz nicht allzu scharf anzuwenden, so ist zu erwarten, daß es bei laager Handhabung fast jeden Werth verliert. Mit einer Einschränkung der Sonntagsarbeit nur in der Großindustrie bin ich nicht zufrieden, auch im Kleingewerbe wird mit der Sonntagsarbeit ein arger Mißbrauch getrieben. Auch ich will nicht, daß christliche Arbeiter wegen des jüdischen Sabbaths am Sonntag arbeiten, glaube aber, daß das Beispiel der Juden mit ihrer strengen Sabbathsfeier Nachahmung verdient. Wenn die Juden ihren materiellen Vortheil dabei außer Acht lassen, so sollte dies den christlichen Mitbürgern nicht möglich sein? Es wäre am besten, wenn die verbündeten Regierungen auf internationalem Wege die Sache regeln. Der vorliegende Gesehentwurf ist

völlig unzureichend. Würde er angenommen, so würde es erst recht lange dauern, ehe wir an eine Besserung herantreten.

Der Gesehentwurf wird angenommen, ebenso die Resolution, welche eine Revision der in den einzelnen Theilen des Reichs geltenden Vorschriften über die Sonntagsarbeit anregt.

Es folgt die dritte Berathung des Antrags Munchel-Rinkelen betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen. — Der Antrag wird ohne Discussion mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf Wahlprüfungen.

Bei der Berathung über die Wahl des Abg. Dommes (4. Marienwerder), welche die Commission für gültig zu erklären beantragt, zugleich aber auch Erhebungen über einzelne Theile des gegen die Gültigkeit der Wahl eingelaufenen Protestes verlangt, wiederholt

Abg. Rickert die schon im Abgeordnetenhaus vorgebrachten Beschwerden über die Wahlumtriebe des Kreisinspectors Schröder in Thorn.

Abg. v. Roscielski (Pole) beantragt, die Beschlußfassung über die Gültigkeit auszusetzen, bis die im Protest angegebenen Behauptungen durch Zeugenvernehmungen geprüft sind.

Der Antrag v. Roscielski wird gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnigen, Socialdemokraten und Polen abgelehnt und dem Antrage der Commission auf Gültigkeitserklärung Folge gegeben.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 7. März. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 162 bis 170. Roggen loco still, mecklenburger loco 120 bis 126, russischer loco ruhig, 94—100. Hafer still. Gerste still. Rübsöl still, loco 47. — Spiritus matt, per März 19 1/2 Br., per April-Mai 19 1/4 Br., per Mai-Juni 20 1/4 Br., per Juni-Juli 20 3/4 Br. Raffee fester. Umsatz 3000 Cech. Petroleum fest, Standard white loco 7,35 Br., 7,30 Cch., per August-December 7,30 Br. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 7. März. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product, Basis 88 % Rendement, f. a. B. Hamburg per Juli 14,75, per August 14,75, per Novbr. 12,55, per Decbr. 12,55. Ruhig.

Hamburg, 7. März. Raffee good average Santos per Mai 55 1/4, per September 53 1/4, per December 52 1/4. Fest.

Havre, 7. März. Raffee good average Santos per März 67,50, per Juni 67,00, per Aug. 65,00, per Decbr. 63,50. Ruhig.

Bremen, 7. März. Petroleum. (Schluß-Bericht.) stetig. Standard white loco 7,20 Br.

Frankfurt a. M., 7. März. Effecten - Societät. (Schluß.) Creditactien 209 1/8 nach 209 1/2, Franzosen 171 1/4, Lombarden 57, Galizier 151 1/4, Aegypten 74,60, 4 % ungar. Goldrente 76,00, 1880er Russen 74,20, Gotthardbahn 111,20, Disconto-Commandit 186,40 nach 186,10, Laurahütte 89,90. Schluß etwas besser.

Wien, 7. März. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 77,25, do. 5 % do. 92,25, do. Silberrente 78,50, 4 % Goldrente 107,40, do. ungar. Goldr. 95,45, 5 % Papierrente 82,50, 1854er Loose —, 1860er Loose 131,75, 1864er Loose —, Creditloose —, ungar. Prämienloose —, Creditactien 266,20, Franzosen 214,00, Lombarden 73,25, Galizier 189,50, Lomb.-Cjern. 206,00, Pardub. 146,00, Nordwestbahn 153,00, Elbethalb. 155,00, Kronprinz-Rudolfsbahn 177,00, Böhm. West —, Nordbahn 243,50, Unionbank 184,25, Anglo-Aust. 97,00, Wiener Bankverein 79,00, ungar. Creditactien 267,75, deutsche Plätze 62,40,

Londoner Wechsel 127.25, Pariser Wechsel 50.32, Amsterdamer Wechsel 105.35, Napoleons 10.06 1/2, Dukaten —, Marknoten 82.40, russ. Banknoten 101.60, Silbercoupons 100.00, Länderbahn 201.00, Tramway 208.50, Tabakactien 78.50, Buschthalerbahn 220.00.

Amsterdam, 7. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per März 196, per November 196. Roggen loco fester, auf Termine unverändert, per März 104—105, per Mai 101, per Oktober 104. Rüböl loco 26, per Mai 25 1/2, per Herbst 24 1/2.

Antwerpen, 7. März. (Schlußbericht.) Petroleummarkt. Raffinirtes, Type weiß, loco 19 1/4 bez. u. Br., per März 18 Br., per Mai 17 Br., per Sept.-Dezbr. 17 1/4 Br. fest.

Paris, 7. März. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen ruhig, per März 24.00, per April 24.10, per Mai-Juni 24.25, per Mai-August 24.25. Roggen ruhig, per März 14.00, per Mai-August 14.40. Weizen ruhig, per März 52.90, per April 52.60, per Mai-Juni 52.60, per Mai-August 52.60. Rüböl fest, per März 50.25, per April 50.75, per Mai-August 51.75, per Sept.-Dez. 53.50. Spiritus ruhig, per März 46.75, per April 47.00, per Mai-August 47.00, per Septbr.-Dez. 44.50. Wetter: Schön. — Morgen Feiertag.

Paris, 7. März. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 85.40, 3% Rente 82.40, 4 1/2% Anleihe 106.62 1/2, italien. 5% Rente 93.20, österreichische Goldrente 86 1/2, 4% ungar. Goldrente 76 1/2, 4% Russen de 1880 75.50, Franzosen 430, Lomb. Eisenbahnactien 162.50, Lombard. Prioritäten 281.00, Convert. Türken 14.12 1/2, Türkenloose 35.00, Credit mobilier 315, 5% Spanier 67.09, Banque ottomane 497.50, Credit foncier 1381, 4% unific. Ägypten 378.43, Suez-Actien 2115, Banque de Paris 755.00, Banque d'escompte 452.00, Wechsel auf London 25.28 1/2, Wechsel auf deutsche Plätze (3 Mt.) 123 1/2, 5% priv. türk. Obligationen 362.50, Panama-Actien 301.25, Rio Tinto 475.00, 5% Panama-Obligationen 295.00.

London, 7. März. Consols 102 1/4, 4% prem. Consols 105 1/2, 5% italien. Rente 92 1/2, Lombarden 6 1/2, 5% Russen von 1871 85 1/2, 5% Russen von 1872 87 1/2, 5% Russen von 1873 89 1/2, Convert. Türken 13 1/2, 4% fundirte Amerikaner 128 1/2, Dett. Silberrente 62, Dett. Goldrente 8 1/2, 4% ungar. Goldrente 75 1/2, 4% Spanier 66 1/2, 5% priv. Ägypten 101 1/2, 4% unific. Ägypten 74 1/2, 3% gar. Ägypten 102 1/2, Ottoman-Bank 9 1/2, Suez-Actien 83 1/2, Canada Pacific 57 1/2, Convertirte Mexikaner 35 1/2, Blahdiscont 1 1/2 Procent.

London, 7. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 10.290, Gerste 4940, Hafer 31.930 Mt. Weizen ruhig, fast nom., stetig. Mehl fest, ruhig, für Mais und Hafer ziemliche Nachfrage. Uebrigste Artikel träge.

London, 2. März. An der Rüste angeboten 2 Weizenladungen. — Wetter: Schön.

Glasgow, 7. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 38 sh. 10 1/2 d. Leith, 7. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig, unverändert. Gerste und Hafer eher billiger.

Newyork, 6. März. (Schlußcourse.) Wechsel auf Berlin 95 1/2, Wechsel auf London 4.85 1/2, Cable Transfers 4.88, Wechsel auf Paris 5.21 1/4, 4% fund. Anleihe von 1877 125 1/2, Erie-Bahn-Actien 24 1/2, Newyork-Central-Actien 108 3/4, Chic. North Western-Actien 107 1/2, Lake Shore-Actien 90 1/2, Central-Pacific-Actien 28 1/2, North-Pacific-Preferred-Actien 44 1/2, Louisville u. Nashville-Actien 55 1/2, Union-Pacific-Actien 54 1/2, Chic. Milw. u. St. Paul-Actien 76 1/2, Reading und Philadelphia-Actien 62 1/2, Wabash-Preferred-Actien 23 1/2, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 56, Illinois Centralbahn-Actien 114, St. Louis und St. Franc. pref. Actien 70 1/2, Erie second Bonds 95 1/2. — Waaren-Bericht. Baumwolle in Newyork 10 1/4, do. in New-Orleans 9 1/4, raff. Petroleum 70 1/2, Abel Fett in Newyork 7 1/2, do. in Philadelphia 7 1/2, do. rohes Petroleum in Newyork — D. 6 1/2 C., do. Pipe line Certificats — D. 98 1/2 C., fest. — Zucker (Fair refining

Muscovades) 4 1/2. Kaffee (Fair Rio) nom., Rio Nr. 7 loco ordinary per April 10.47, do. per Juni 10.12. — Schmalz (Wilcox) 7.75, do. Fairbanks 7.90, do. Robe u. Brothers 7.75, Spec. — Kupfer per April 16.40. Getreidefracht 1/4.

Newyork, 6. März. Der Baumwollenmarkt war heute fester, die Preise stiegen um 13 bis 14 Cents.

Newyork, 7. März. Wechsel auf London i. C. 4.85 1/2, Rother Weizen loco 0.91 1/2, per März 0.91 1/2, per April 0.91 1/2, per Mai 0.91 1/2. — Mehl loco 3.15. — Mais 0.61 1/4. Fracht 1/4. — Zucker (Fair refining Muscovades) 4 1/2.

Productenmärkte.

Stettin, 7. März. Weizen niedriger, loco 157—163, per April-Mai 164.00, per Juni-Juli 163.00. — Roggen matt, loco 100—113, per April-Mai 114.00, per Juni-Juli 118.00. — Domm. Hafer loco 101—109. — Rüböl still, per April-Mai 44.50, per Sept.-Oktbr. 45.20. — Spiritus matt, loco ohne Fah versteuert mit 50 M Consumsteuer 46.30, do. mit 70 M Consumsteuer 28.30, per April-Mai mit 70 M Consumsteuer 29.80 M. — Petroleum loco verollt 13.00.

Berlin, 7. März. Weizen loco 154—175 M, per April-Mai 160 1/4 — 169 1/4 M, per Mai-Juni 162 1/2 — 163 — 162 1/4 M, per Juni-Juli 164 1/4 — 165 1/4 M, per Juli-August 166 1/2 M, per Septbr.-Oktbr. 168 1/4 M. — Roggen loco 107—118 M, guter inland. 114—115 M, feiner inlandisch 116 M, per April-Mai 117 1/4 — 118 1/2 M, per Mai-Juni 120 1/4 — 120 3/4 M, per Juni-Juli 122 1/4 — 122 1/2 M, per Juli-August 123 1/4 — 124 M, per Sept.-Oktbr. 126 1/4 M. — Hafer loco 106 — 128 M, ost- und westpreuss. 109 — 114 M, pommerischer und uckermark. 110—114 M, schlesischer 109—114 M, feiner schles. preuss. und pommer. 115—119 M ab Bahn, per April-Mai 112—112 1/4 M, per Mai-Juni 114 1/2 M, per Juni-Juli 116 1/4 M, per

Septbr.-Oktbr. 119 1/2 M. — Gerste loco 100—175 M. — Mais loco 118—122 M, per April-Mai 120 M Br. — Kartoffelmehl per März 18.70 M, per April-Mai 18.80 M Br. — Treckene Kartoffelstärke per März 18.70 M, per April-Mai 18.80 M. — Feuchte Kartoffelstärke per März 10.80 M. — Erbsen loco Futterwaare 111 bis 117 M, Kochwaare 123—190 M. — Weizenmehl Nr. 0 21.00—19.00 M, Nr. 00 23.00—21.50 M. — Roggenmehl Nr. 0 18.50—17.50 M, Nr. 0 und 1 16.50 bis 15.25 M, ff. Marken 18.15 M, per April-Mai 16.40—16.45 M, per Juni-Juli 16.70—16.75 M. — Rüböl loco ohne Fah 44.3 M, per April-Mai 44.7 M, per Mai-Juni 44.9 M, per Juni-Juli 45.1 M, per Septbr.-Oktbr. 45.5 M. — Petroleum loco 24.9 M. — Spiritus loco ohne Fah 95.2—95.3—95.1 M, per April-Mai 95.1—94.9—95.3—94.4 M, per Mai-Juni 95.9—95.7—96.1—95.8 M, unversteuert (50 M) loco 47.5 M, ad April-Mai 48.2—48.5—48.4 M, per Mai-Juni 49.0—49.2—49.1 M, per Juni-Juli 49.8—50.1—50.0 M, per Juli-August 50.6—50.9—50.8 M, per Aug.-Septbr. 51.4—51.6—51.5 M, unversteuert (70 M) loco 28.6 M, per April-Mai 30.3—30.2—30.5 M, per Mai-Juni 30.8—30.7—31.0 M, per Juni-Juli 31.5—31.4—31.7 M, per Juli-Aug. 32.3—32.2—32.4 M, per Aug.-Septbr. 33.1—32.9—33.0 M.

Magdeburg, 7. März. Zuckerbericht. Kornzucker, excl. 92% 24.50, Kornzucker, excl. 88% Rendem. 23.50, Nachprodukte excl. 75% Rendem. 19.60. Fest. Gem. Raffinade mit Fah 28.50, Gem. Melis i. mit Fah 27.25. Fest. Rohzucker 1. Product Transito f. a. B. Hamburg per März 14.47 1/2 bez., 14.55 Br., per April 14.62 1/2 bez. und Ob., per Juni-Juli 14.95 Ob., 15 Br., per Oktober-Dezember 12.35 Ob. und Br. Ruhig, fest.

Beachtenswerthe Nachrichten: für den politischen Theil und verschiedene Nachrichten: Dr. B. Serrmann, — das Familien- und Steuerrecht, S. Adner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und der übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Juristentheil: A. B. Kaufmann, sämtlich in Dargitz.

Berliner Fondsbörse vom 7. März.

Die heutige Börse verkehrte im wesentlichen in matter Haltung; die Course setzten auf speculativem Gebiet durchschnittlich niedriger ein und muhten theilweise auch weiterhin noch etwas nachgeben. Die von den fremden Börsenplätzen, besonders aus Wien, vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls ungünstig. Hier entwickelte sich das Geschäft im allgemeinen ruhig, nur einige Effecten hatten belangreiche Umsätze für sich. Der Kapitalmarkt erwies sich weniger fest für heimische solide Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere erfuhr, der Haupttendenz entsprechend, durchschnittlich kleine Abschwächungen. Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige

blieben ruhig bei gleichfalls schwacher Gesamthaltung. Der Privat-Discount wurde mit 1 1/2 % notirt. Auf internationalen Gebiet erschienen österreichische Creditactien matter; auch Franzosen sowie die meisten ausländischen Eisenbahnactien schwächer und ruhiger. Von den fremden Fonds waren besonders russische Anleihen und Noten weichend, auch ungarische Goldrente und Italiener abgeschwächt. Deutsche und preussische Staatsfonds und inländische Eisenbahn-Obligationen ziemlich behauptet und ruhig. Bankactien matter, auch Industripapiere einschließlich der Montanwerthe nachgebend. Inländische Eisenbahnactien verhältnismäßig behauptet, aber ruhig.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107.30
do. do.	3 1/2	100.99
Nonconsolidirte Anleihe	4	106.75
do. do.	3 1/2	101.50
Staats-Schuldcheine	3 1/2	100.20
Preuss. Prov.-Oblig.	4	—
Westpr. Prov.-Oblig.	4	—
Landsh. Centr.-Pfdbr.	4	102.20
Preuss. Pfandbriefe	3 1/2	98.40
Dommerische Pfandbr.	3 1/2	99.50
do. do.	4	—
Bosnische neue Pfdb.	4	102.78
do. do.	3 1/2	99.50
Westpreuss. Pfandbriefe	3 1/2	98.60
do. neue Pfandbr.	3 1/2	98.60
Domm. Rentenbriefe	4	104.40
Bosnische do.	4	104.40
Preussische do.	4	104.40

Ausländische Fonds.

Österr. Goldrente	4	86.20
Österr. Papier-Rente	5	71.50
do. do.	4 1/2	61.30
do. Silber-Rente	4 1/2	63.10
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	99.75
do. Papierrente	5	65.90
do. Goldrente	4	76.25
Ung. St.-Pr. 1. Em.	5	74.80
Russ.-Engl. Anleihe 1870	5	95.50
do. do. do. 1871	5	87.45
do. do. do. 1872	5	87.50
do. do. do. 1873	5	89.40
do. do. do. 1875	4 1/2	81.80
do. do. do. 1877	5	94.90
do. do. do. 1880	4	74.50
do. Rente 1883	6	100.50
Russ.-Engl. Anleihe 1884	5	87.55
do. Rente 1884	5	79.00
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	48.50

Russ. 3. Orient-Anleihe

do. Stiegl. 5. Anleihe	5	48.30
do. do. 6. Anleihe	5	81.60
Russ.-Poln. Schatz-Dbl.	4	77.75
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4	44.00
Italienische Rente	5	93.10
Rumänische Anleihe	5	103.00
do. fundirte Anl.	5	99.75
do. amort. do.	5	90.75
Türk. Anleihe von 1866	5	13.60
Serbische Gold-Pfdbr.	5	81.80
do. Rente	5	76.50
do. neue Rente	5	78.60

Hypotheken-Pfandbriefe.

Dan. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do. do. do.	3 1/2	—
Öst. Grundsch.-Pfdbr.	4	101.80
Hamb. Hyp.-Pfandbr.	4	102.50
Meininger Hyp.-Pfdbr.	4	102.00
Nordd. Grdbr.-Pfdbr.	4	101.80
Domm. Hyp.-Pfandbr.	5	113.75
2. u. 4. Em.	5	108.80
2. Em.	4 1/2	106.40
1. do.	4	98.25
Dr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4 1/2	115.30
Dr. Central-Bod.-Cred.	5	115.20
do. do. do.	4 1/2	112.20
do. do. do.	4	102.80
Dr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	102.50
Dr. Hypoth.-B.-A.-G.-C.	4 1/2	103.25
do. do. do.	4	102.40
do. do. do.	3 1/2	97.60
Stettiner Nat.-Hypoth.	5	103.60
do. do. do.	4 1/2	105.60
do. do. do.	4	102.70
Poln. landchaftl.	5	49.40
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	—
Russ. Central-Pfdbr.	5	—

Lotterie-Anleihen.

Bab. Bräm.-Anl. 1867	4	138.10
Bayer. Brämien-Anleihe	4	136.50
Braunsch. Pr.-Anleihe	—	95.50
Bohm. Bräm.-Pfdbr.	3 1/2	105.10
Hamburg. 50tr.-Loose	3	128.00
Holl.-Nind. Pr.-G.	3 1/2	132.50
Lübecker Bräm.-Anleihe	3 1/2	128.00
Österr. Loose 1854	4	108.10
do. Cred.-L. v. 1858	—	—
do. Loose von 1860	5	108.50
do. do. 1864	—	266.75
Oldenburger Loose	3	132.90
Dr. Bräm.-Anleihe 1855	3 1/2	148.60
Raab-Grat 100 L.-Loose	4	96.60
Russ. Bräm.-Anl. 1864	5	132.50
do. do. von 1866	5	126.50
Ung. Loose	—	—

Eisenbahn-Stamm- und

Stamm - Prioritäts - Acten.

Div. 1886.		
Aachen-Maastricht	49.40	1 1/2
Berl.-Dresd.	—	4
Mainz-Ludwigshafen	103.40	3 1/2
Marienburg-Mlawka-St.-A.	48.00	1 1/4
do. do. St.-Pr.	106.00	5
Nordhausen-Erfurt	—	4
do. St.-Pr.	—	5
Preuss. Südbahn	74.50	—
do. St.-Pr.	109.60	2
Saarl.-Bahn St.-Pr.	48.30	—
do. St.-A.	106.00	3 1/2
Stargard-Posen	105.00	4 1/2
Weimar-Gera gar.	23.80	—
do. St.-Pr.	84.50	2 1/2

† Zinsen vom Staate gar. Div. 1886.

Galizier	76.40	5
Gotthardbahn	116.75	3 1/2
Kronpr.-Rud.-Bahn	70.90	4 1/2
Lüttich-Limburg	16.98	—
Österr.-Franz. St.	—	3 1/2
† do. Nordwestbahn	—	4
do. St. B.	—	3 1/2
† Reichenb.-Pardub.	—	3.81
† Russ. Staatsbahnen	109.70	—
Russ. Südbahnen	51.60	—
Schweiz. Unionb.	83.00	2 1/2
do. Westb.	30.90	—
Südböhm. Lombard	30.98	—
Warschau-Wien	126.40	15

Ausländische Prioritäts-

Actien.

Gotthard-Bahn	5	107.10
† Aach.-Dresd. gar. f.	5	79.50
do. do. Gold-Pr.	5	102.60
† Aronpr.-Rud.-Bahn	4	70.50
† Dett. Fr.-Staatsb.	3	79.50
† Österr. Nordwestbahn	5	85.00
do. Elbtalb.	5	83.80
† Südböhm. L. Lomb.	3	56.50
do. 5% Oblig.	5	101.70
† Ungar. Nordostbahn	5	75.00
† do. do. Gold-Pr.	5	100.70
† Bresl.-Grajewo	5	77.40
† Charkow-Azow ril.	5	85.90
† Kursk-Charkow	5	86.20
† Mosko-Azow	4	80.90
† Mosko-Smolensk	4	86.40
† Rjbinsk-Bologoye	5	84.80
† Rjasan-Rostow	4	82.20
† Warschau-Lerespoi	5	84.80

Bank- und Industrie-Actien.

Berliner Kassen-Verein	120.00	4 1/4
Berliner Handelsgef.	152.00	9
Berl. Prod. u. Hand.-A.	90.50	4 1/2
Bremer Bank	96.70	2 3/8
Bresl. Diskontobank	137.50	10
Danziger Privatbank	140.00	7
Darmstädter Bank	121.50	6 2/3
Deutsche Genossensch.-B.	160.00	9
do. Bank	113.50	8
do. Effecten u. W.	133.40	5.29
do. Reichsbank	103.00	5
do. Hypoth.-Bank	191.80	10
Disconto-Command.	55.90	—
Gotthard Grundr.-Bk.	—	6 1/3
Hamb. Commerz.-Bank	113.00	5
Hannoversche Bank	106.50	6
Königsb. Vereins-Bank	102.25	—
Lübecker Comm.-Bank	114.10	47/10
Magdebg. Privat-Bank	96.25	4 1/4
Meininger Hypoth.-Bk.	150.90	7
Norddeutsche Bank	136.50	8.12
Österr. Credit-Anstalt	48.25	2
Pomm. Hyp.-Act.-Bank	—	5 1/4
Posener Prov.-Bank	109.60	5 1/2
Preuss. Boden-Credit	135.00	4
Dr. Centr.-Boden-Cred.	90.90	8 1/4
Geschaftsh. Bankverein	108.90	5 1/2
Schlesischer Bankverein	139.00	6 1/2
Südb. Bod.-Credit-Bk.	—	—

Wilhelmshütte	101.50
Oberstschl. Eisenb.-B.	61.00

Berg- und Hüttengesellschaften.

Div. 1886		
Dortm. Union-Bag.	—	—
Rönigs- u. Laurahütte	90.10	1 1/2
Stolberg, Zink	36.25	1 1/2
do. St.-Pr.	107.00	—
Victoria-Hütte	—	8

Wechsel-Cours vom 7. März.

Amsterdam	8 Tg.	2 1/4	168.85
do.	2 Mon.	2 1/2	168.35
London	8 Tg.	2 1/2	20.37
do.	3 Mon.	2 1/2	20.27
Paris	8 Tg.	2 1/2	30.55
Brüssel	8 Tg.	2 1/2	30.55
do.	2 Mon.	2 1/2	30.25
Wien	8 Tg.	4	160.15
do.	2 Mon.	4	159.30
Petersburg	3 Wdh.	5	161.40
do.	3 Mon.	5	161.00
Warschau	8 Tg.	5	162.00

Discount der Reichsbank 3 %.

Sorten.

Dukaten	—
Sovereigns	—
20-Francs-St.	16.15
Imperialis per 500 Gr.	—
Dollar	—
Englische Banknoten	20.40
Französische Banknoten	30.75
Österreichische Banknoten	160.40
do. Silbergulden	—
Russische Banknoten	162.25